Rede des Oberbürgermeister Michael Scharmann
zur Einbringung des Haushalts 2027 am 22. Oktober 2026

Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

wer ein Unternehmen führt, ein Geschäft oder einen Handwerksbetrieb hat oder in der Landwirtschaft und im Weinbau tätig ist, weiß: **Die Zukunft lässt sich nicht bis ins Letzte planen.**

Kosten steigen, die Nachfrage verändert sich, politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen ändern sich. Trotzdem müssen jeden Tag Entscheidungen getroffen und Prioritäten gesetzt werden.

Vor einer ähnlichen Aufgabe stehen wir als Städte und Gemeinden. Auch wir können vieles nicht beeinflussen, was unsere finanzielle Lage bestimmt. Aber wir müssen entscheiden, wie wir mit unseren Mitteln umgehen und was für Weinstadt Vorrang hat.

Wie ernst die Lage inzwischen ist, zeigt der Blick auf die Kommunen insgesamt. Die kommunalen Spitzenverbände haben im Juni mit dem Aktionstag **„Kommunen am Limit“** auf die dramatische Finanzlage aufmerksam gemacht. Fast 90 Prozent der Städte in Baden-Württemberg haben ein Haushaltsdefizit.

Und auch Weinstadt kann sich dieser Entwicklung nicht entziehen.

Für das Haushaltsjahr 2027 rechnen wir im laufenden Betrieb mit einem **Defizit von knapp acht Millionen Euro**. Wir planen mit Erträgen von rund 92,4 Millionen Euro und Aufwendungen von rund 100,3 Millionen Euro.

Das heißt: Wir geben deutlich mehr aus, als wir einnehmen. Und wir erwirtschaften keinen Überschuss, mit dem wir unsere Investitionen finanzieren könnten.

Unsere Rücklagen sind weitgehend aufgebraucht. Für 2027 planen wir deshalb mit einer Kreditaufnahme von rund 8,5 Millionen Euro. Bis 2030 summiert sich der rechnerische Kreditbedarf auf knapp 32 Millionen Euro.

Das können wir nicht einfach so fortschreiben. Denn Kredite müssen nicht nur aufgenommen, sondern auch verzinst und zurückgezahlt werden. Sie schränken damit auch unsere finanziellen Spielräume in den kommenden Jahren ein.

Schauen wir deshalb genauer hin: Wie entwickeln sich unsere Einnahmen und Ausgaben? Wo können wir selbst gegensteuern? Und wo stoßen wir an Grenzen?

Einnahmen steigen – Ausgaben noch stärker

Auf der Einnahmeseite ergibt sich ein gemischtes Bild:

Bei der Gewerbesteuer rechnen wir mit einem Rückgang um 500.000 Euro auf 16,5 Millionen Euro. Auch die Schlüsselzuweisungen des Landes sinken voraussichtlich um rund 630.000 Euro auf 12,8 Millionen Euro.

Dem stehen höhere Einnahmen zum Beispiel aus unserem Anteil der Einkommensteuer, der Grundsteuer B sowie aus der neuen Bettensteuer entgegen.

Bei der Grundsteuer B planen wir für das Jahr 2027 eine Erhöhung des Hebesatzes. Die letzte Anpassung liegt dann mehr als zwölf Jahre zurück: Seit 2016 *(die ursprüngliche Angabe 2014 wurde nachträglich redaktionell korrigiert)* haben wir den Hebesatz nicht erhöht. **Über die tatsächliche Höhe entscheidet der Gemeinderat im November.**

Unterm Strich rechnen wir mit einem Einnahmeplus von rund **einer Million Euro**. **Doch die Ausgaben steigen deutlich stärker. Und die Schere im laufenden Betrieb geht weiter auf.**

Allein die **Transferaufwendungen –** also die Kreisumlage, die Umlagen für den Finanzausgleich, den Verband Region Stuttgart und weitere Einrichtungen – wachsen voraussichtlich um rund eine Million auf rund **41,3** Millionen Euro. Und dabei ist die nun angekündigte, deutlich Steigerung der Kreisumlage nur teilweise abgebildet – wir kommen später noch dazu.

Für **Sach- und Dienstleistungen**, also für Energie, Gebäudeunterhaltung, Reinigung und weitere Leistungen, sind rund 17,6 Millionen Euro eingeplant – etwa 740.000 Euro mehr als im Vorjahr.

Auch die **Zinsaufwendungen** steigen weiter: auf rund 800.000 Euro, etwa 200.000 Euro mehr als im Vorjahr. Das ist ein direkte Folge unseres wachsenden Kreditbedarfs und der steigenden Kreditzinsen.

Die **sonstigen Aufwendungen,** beispielsweise für ehrenamtliche Tätigkeiten, Schülerbeförderung, Sachverständige und Gerichtskosten, steigen um rund 100.000 Euro auf etwa 4,1 Millionen.

Die Personalausgaben bewegen sich mit rund 31,7 Millionen Euro in etwa auf Höhe des Vorjahresniveaus – und das trotz der Tarifsteigerungen.
Zum dritten Mal in Folge verzichten wir auf neue Stellen. Ganz im Gegenteil: wir bauen den Stellenbestand mit Bedacht ab.

Meine Damen und Herren,

Die Zahlen zeigen: Die Spielräume werden immer enger. Doch wir **warten nicht darauf, dass sich die Rahmenbedingungen von selbst verbessern**. Unsere

Haushaltsstrukturkommission hat bereits 2025 intensiv Einsparmöglichkeiten geprüft. **Diesen Weg setzen wir fort.**

Die Ergebnisse zeigen sich inzwischen ganz konkret:

- Wir haben unter anderem bei unserem eigenen Personal die Zuschüsse für das Jobticket gekürzt, die freiwillig angebotene Altersteilzeit gestrichen und in allen Bereichen Aufgaben und Stellenanteile hinterfragt.
- Im Kulturbereich wurden Angebote reduziert – ich erinnere beispielhaft an den Leuchtenden Weinberg – und Stellenanteile gestrichen.
- Bei den Freibädern haben wir einen neuen Weg eingeschlagen. Die Bäder werden inzwischen von Vereinen betrieben. Dadurch sinkt der städtische Zuschuss von rund 600.000 auf rund 205.000 Euro jährlich.
- Auch bei der Kinderbetreuung müssen wir Veränderungen vornehmen. Nach einer großen Nutzerfrequenzanalyse in den vergangenen beiden Jahren werden die Betreuungszeiten ab Januar 2027 im Ganztag von zehn auf acht beziehungsweise achteinhalb Stunden reduziert. Damit können künftig Personalkosten eingespart werden. Der Stellenplan wird im Jahr 2028 entsprechend angepasst. Insgesamt ist eine schrittweise Reduzierung um mindestens sechs Vollzeitäquivalente vorgesehen.
- Die geänderte Geschwisterregelung im Kinderbetreuungsbereich bringt für den städtischen Haushalt voraussichtlich Mehreinnahmen von rund 80.000 Euro im Jahr.

Diese Maßnahmen entlasten den Haushalt. Zugleich verändern sie Leistungen, die für viele Menschen in unserer Stadt wichtig sind. Solche Entscheidungen treffen wir nicht leichtfertig. Sie zeigen aber, wie groß der Druck und die Notwendigkeit ist, laufende Kosten zu minimieren.

Nur müssen wir ebenso ehrlich sagen: **Unsere Anstrengungen vor Ort reichen nicht aus, wenn gleichzeitig die Belastungen von außen immer weiter steigen.**

Das zeigt sich besonders beim Rems-Murr-Kreis. Stark steigende Sozialausgaben z. B. der Schulbegleitung und vor allem die hohen Verluste bei den Rems-Murr-Kliniken belasten den Kreishaushalt massiv. Zusätzliche 19,9 Millionen Euro Belastungen im Rems-Murr-Kreis durch das GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz verschärfen die Lage. Allein bei den Kliniken liegt somit das Gesamtdefizit bei fast 35 Millionen Euro.

Um seine Ausgaben zu finanzieren, muss der Landkreis deshalb die Städte und Gemeinden noch stärker heranziehen.

Das bedeutet: Ein immer größerer Teil unserer Einnahmen fließt an den Landkreis. Dieses Geld fehlt uns dann, um eigene Aufgaben zu finanzieren und notwendige Investitionen in Weinstadt voranzubringen.

Für 2027 rechnen wir in unserem Haushalt derzeit mit einer Erhöhung der Kreisumlage um 1,1 Hebesatzpunkte auf 37,0 Punkte. Das entspricht einer Belastung von rund 20,7 Millionen, die aus unserem Haushalt an den Kreis abfließen.

Allerdings deutet sich bereits an, dass die tatsächliche Belastung noch höher ausfallen könnte. Bei der Einbringung seines Haushalts am vergangenen Montag hat der Landkreis eine Erhöhung um 2,6 Hebesatzpunkte angesetzt. Wie hoch die Umlage am Ende tatsächlich ausfällt, wird sich erst im weiteren Beratungsverlauf zeigen.

Wie stark diese Belastung durch die Kreisumlage in den vergangenen Jahren gestiegen ist, zeigt der Blick zurück: Zwischen 2016 und 2020 bewegte sie sich für Weinstadt im Schnitt bei rund 13 Millionen Euro. 2024 waren es bereits 15,5 Millionen, 2026 dann fast 20 Millionen Euro. Für 2027 rechnen wir derzeit mit mindestens 20,7 Millionen Euro – sollte die Kreisumlage tatsächlich mit 38,5 Hebesatzpunkten beschlossen werden, sogar mit 22,4 Millionen EUR.

Wir sparen also auf der einen Seite – und auf der anderen Seite wachsen die Belastungen durch politische Entscheidungen in Bund und Land weiter.

Das zeigt sich zum Beispiel auch bei der **Digitalisierung der Schulen**. Förderprogramme helfen bei der Finanzierung von Geräten und Ausstattung. Doch Wartung, Softwarelizenzen und IT-Support kosten Jahr für Jahr Geld.

Ähnlich ist es bei der **Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder.** Der seit dem Schuljahr 2026/2027 schrittweisende greifende Rechtsanspruch braucht nicht nur Räume, sondern auch Personal, Verpflegung und einen verlässlichen Betrieb.

Natürlich müssen wir als Kommune unsere Hausaufgaben machen. Wir müssen Ausgaben überprüfen, Einsparpotenziale nutzen und Investitionen sorgfältig priorisieren.

Aber Sparen hat Grenzen. Die strukturellen Defizite der Kommunen entstehen nicht in erster Linie durch freiwillige Leistungen, sondern vor allem dadurch, dass Pflichtaufgaben nicht ausreichend finanziert sind.

Gesetzliche Aufgaben und steigende Umlagen lassen sich nicht einfach abbestellen. **Selbst wenn alle Kommunen auf sämtliche freiwilligen Aufgaben verzichten würden, wäre das strukturelle Defizit nicht ausgeglichen.**

Deshalb braucht es beides: konsequentes Handeln vor Ort – und eine verlässliche Finanzierung durch Bund und Land. Wer den Kommunen immer neue Aufgaben überträgt oder höhere Standards vorgibt, muss auch dauerhaft für die laufenden Kosten aufkommen.

Was bedeutet das für Weinstadt?

Wir müssen priorisieren, statt pauschal mit dem Rasenmäher zu kürzen. Die Rechtsaufsicht fordert uns auf, den laufenden Haushalt nachhaltig zu verbessern und Investitionen zeitlich zu strecken.

Wir müssen deshalb genau unterscheiden: Was ist notwendig? Was kann warten? Wo können wir effizienter werden? Und wo führen Einsparungen am Ende zu höheren Kosten?

Unser Ziel ist, das erreichte Leistungsniveau möglichst zu erhalten. Ohne Abstriche wird das aber auch in Zukunft nicht gehen. Manche Angebote werden wir überprüfen, manche Wünsche zurückstellen.

Nicht alles, was wünschenswert ist, ist auch finanzierbar. Aber alles, was wir finanzieren, sollte für Weinstadt einen Unterschied machen.

Eine schwierige Finanzlage kann auch neue Ideen freisetzen.

Unsere Freibäder zeigen, was möglich ist, wenn Vereine Verantwortung übernehmen. Auch die Bürgerenergiegenossenschaft REBE zeigt, wie Menschen vor Ort gemeinsam etwas bewegen können.

Beides steht beispielhaft für das außergewöhnliche ehrenamtliche Engagement und den Zusammenhalt in Weinstadt.

Natürlich lassen sich nicht alle kommunalen Aufgaben auf Vereine, Initiativen oder engagierte Bürger übertragen. Die Stadt bleibt für viele Leistungen verantwortlich. Und Ehrenamt darf nicht zum Ersatz für fehlende Finanzierung werden.

Aber wir können prüfen, wo Kooperationen sinnvoll sind und wo wir Dinge anders organisieren können.

Wir müssen nicht alles allein machen. Aber wir müssen bereit sein, gemeinsam mehr möglich zu machen.

Bei allen finanziellen Schwierigkeiten ist mir eines wichtig: **Weinstadt bleibt in Bewegung.**

Trotz der schwierigen Haushaltslage dürfen wir nicht den Eindruck erwecken, dass in Weinstadt nichts mehr vorangeht.

Wir haben in den vergangenen Jahren wichtige Projekte auf den Weg gebracht und weiterentwickelt.

An der **Silcherschule** konnten im Sommer zwei neue Gebäude eingeweiht werden. Bei der **Großen Sporthalle** am Bildungszentrum ist die erste Bauphase abgeschlossen. In der **Hindenburgstraße in Strümpfelbach** sind die ersten Bauabschnitte plangemäß vorangekommen.

Gleichzeitig konnten wir nicht alle Maßnahmen wie geplant umsetzen. Manche Projekte haben sich verzögert. Das zeigt, wie wichtig es ist, **Vorhaben nicht nur inhaltlich, sondern auch finanziell und zeitlich realistisch zu planen** bzw. an die aktuellen Rahmenbedingungen anzupassen.

Für 2027 sind **Investitionen von rund 9,1 Millionen Euro** vorgesehen.

Dazu gehören die **2. Bauphase der Sanierung der Großen Sporthalle** am Bildungszentrum und die **weiteren Planungen für die Neue Grundschule Beutelsbach**. Auch die **Neugestaltung der Ortsmitte Endersbach** und die **städtebauliche Erneuerung des Ortskerns Beutelsbach** wollen wir voranbringen.

Daneben **investieren wir in den Erhalt unserer Infrastruktur**: in Straßensanierungen, Spielplätze und die Friedhofskonzeption, in das Betriebsgebäude am Rückhaltebecken Gunzenbach sowie in unsere IT, den Baubetriebshof und die Feuerwehr.

Auch **unsere Stadtwerke** treiben eigenständig wichtige Zukunftsprojekte voran: den flächendeckenden Breitbandausbau, den Solarpark Schönbühl und die Energiezentrale 10.

Hinter diesen Vorhaben stehen **konkrete Aufgaben**: Schulen, in denen Kinder lernen, Hallen, die unsere Vereine brauchen, Straßen, die wir erhalten müssen, und eine Infrastruktur, die Weinstadt zukunftsfähig macht.

Sparen darf nicht Stillstand bedeuten: Wir müssen entscheiden, was dringend notwendig ist, was unsere Stadt langfristig stärkt und was noch warten kann.

Bei aller Diskussion über Zahlen und Investitionen dürfen wir nicht vergessen, was Weinstadt eigentlich ausmacht.

Zu unserer Zukunft gehören nicht nur Straßen, Gebäude und Leitungen. **Weinstadt lebt auch von seinen Vereinen, seinem Ehrenamt, seiner Kultur und seiner Landschaft**.

Unsere Weinberge und Streuobstwiesen sind mehr als eine schöne Kulisse. Sie prägen unsere Identität und Lebensqualität.

Zugleich steht der Weinbau unter Druck. Steigende Kosten, veränderte Konsumgewohnheiten und der Klimawandel stellen die Betriebe vor große Herausforderungen.

Mit dem mittlerweile abgeschlossenen ILEK-Prozess und dem nun folgenden Regionalmanagement wollen wir den Wandel unserer Kulturlandschaft begleiten und Perspektiven für die Zukunft entwickeln. Gemeinsam mit zahlreichen Stiftungen, mit ehrenamtlichem Engagement und jeder Menge Fachkompetenz.

Auch hier gilt: Wir können Veränderungen nicht einfach aufhalten. **Aber wir können sie gestalten.**

Dafür braucht es Zusammenarbeit, neue Ideen – und die Bereitschaft, heute Entscheidungen zu treffen, deren Nutzen sich vielleicht erst in einigen Jahren zeigt.

Meine Damen und Herren,

es wird ein schwieriges Haushaltsjahr. Wir werden Vorhaben verschieben, Projekte strecken und manche Wünsche zurückstellen müssen.

Aber wir wollen weiter in unsere Schulen, unsere Ortsmitten und unsere Infrastruktur investieren. Wir wollen die Lebensqualität in Weinstadt erhalten und die Stadt weiterentwickeln.

Ein guter Wengerter schneidet seine Reben zurück, nicht weil er sie aufgeben will, sondern damit sie ihre Kraft auf die Triebe konzentrieren, die Früchte tragen sollen.

Genau darum geht es auch bei unserem Haushalt: Wir müssen uns auf das Wesentliche konzentrieren, damit Weinstadt auch künftig gestalten kann.

Dafür brauchen wir klare Prioritäten, den Mut zu schwierigen Entscheidungen und verlässliche Rahmenbedingungen für die Kommunen.

Lassen Sie uns den Haushalt 2027 mit diesem Anspruch beraten: realistisch in unseren Erwartungen, konsequent bei den notwendigen Veränderungen und zuversichtlich, was wir gemeinsam erreichen können. Damit Weinstadt auch morgen eine Stadt bleibt, in der Menschen gerne leben, arbeiten und sich engagieren.

Ich danke Herrn Weingärtner und seinem Team in der Kämmerei für die Vorbereitung des umfangreichen Planentwurfs. Er bietet uns eine wichtige Grundlage für die anstehenden Entscheidungen.

Dem Gremium wünsche ich konstruktive und erfolgreiche Haushaltsberatungen.

Vielen Dank.